

EIN VERMÖGENS-SIMULATOR FÜR DEUTSCHLAND

Hintergrund, Methodik und Ergebnisse

Ein Vermögens-Simulator – wozu?

Die Frage der **Ungleichverteilung von Vermögen** sorgt in Deutschland immer wieder für Emotionen. Dabei gab es sowohl hinsichtlich des Befunds und der Brisanz, als auch hinsichtlich der Instrumente zum möglichen Abbau von Ungleichheit lange Zeit widersprüchliche Aussagen. Ein Grund dafür ist, dass es **bislang keine empirisch vergleichbaren Erkenntnisse** dazu gab, welche **Auswirkungen** etwa eine Wiedereinführung von Vermögensteuern oder die Erhöhung der Erbschaftsteuer **auf die Verteilung der Vermögen** insgesamt hätte. Abzuschätzen, ob und wie stark unterschiedliche politische Maßnahmen wirken, ist Ziel des **Vermögens-Simulators**, den die renommierten Ungleichheitsforscher *Timm Bönke* und *Charlotte Bartels* zusammen mit dem *Forum New Economy* entwickelt haben. Das interaktive Tool ermöglicht, eine große Zahl an Varianten zu testen – und jeweils simulieren zu lassen, ob und wie stark sich durch eine Maßnahme der **Anteil der Top-Vermögenden**, der oberen **Mittelschicht** oder der **unteren Hälfte** an den Gesamtvermögen in Deutschland über einen längeren Zeitraum verändert.

Wie die Modellrechnungen zeigen, würde sich das Gefälle über die nächsten zehn Jahre weiter deutlich vergrößern, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Eine Vermögensteuer zum Beispiel würde zwar zusätzliche Einnahmen generieren, ein Steuersatz von ein oder zwei Prozent, wie er üblicherweise vorgeschlagen wird, würde den Anstieg der Ungleichheit bei den Vermögen über zehn Jahre nur etwas bremsen. Deutlich größer wären der Simulation zufolge die Auswirkungen, würde jungen Menschen ein Startkapital von 10.000 Euro oder mehr zur Verfügung gestellt – oder jedem und jeder Deutschen jährlich eine staatliche Dividende ausgeschüttet. Solche Maßnahmen wären nur mit entsprechenden Kosten für den Staat verbunden. In den aktuellen Simulationen wurden weder Optionen zur Gegenfinanzierung, noch Kombinationen von Instrumenten getestet.

Die Modell-Simulationen sind daher nicht angelegt, ein Instrument als unbestreitbar bestes zu ermitteln. Die Berechnungen helfen vielmehr, Größenordnungen unterschiedlicher Effekte auf die Vermögensverteilung belastbar zu schätzen. In diesem Sinne sollen sie helfen, die Debatten um Reich und Arm in Deutschland zu versachlichen.

Wie der Simulator aufgebaut ist und funktioniert

Für die Simulation wurden zunächst fünf typischerweise diskutierte vermögenspolitische Instrumente in einem Mikro-Simulationsmodell in ihrer Wirkung auf die Verteilung verglichen. Dabei wird berechnet, inwieweit ein Instrument wie etwa die Vermögensteuer die Höhe der Vermögen je Haushalt verändert. Simuliert wird in dem Modell zudem, wie Haushalte in ihrem Verhalten auf Maßnahmen reagieren - und wie in der Folge über Sparverhalten oder Erbschaften zusätzliches Vermögen entsteht. Auch werden Beschäftigungsprofile nachgezeichnet und die Haushalte nach demographischen Merkmalen differenziert.

Datengrundlage für die Modellrechnungen sind die Ergebnisse der Umfragen unter Haushalten des *Sozio-Oekonomischen Panels* beim DIW Berlin. Aktuell werden dabei die Erhebungen des SOEP-Querschnitts für das Jahr 2017 zugrunde gelegt. Danach hielten die **Top 10 Prozent** der Vermögenden in Deutschland **61 Prozent aller Vermögen**, die obere Mittelschicht 38 Prozent

und die **untere Hälfte nur ein Prozent**. Als Vergleichsszenario ermittelten die Forscher, wie sich diese Verteilung der Vermögen über zehn Jahre verändern würde, wenn es zu keinen Maßnahmen käme, also im ohnehin angelegten Trend. Hier wirken unter anderem demographische Entwicklungen dergestalt, dass es (ohne politisches Zutun) zu einer weiteren Konzentration von Vermögen am oberen Ende kommen dürfte; so stiege der Anteil der Top zehn Prozent über zehn Jahre von 61 auf 67 Prozent. Anschließend berechneten die Forscher, wie sich die Verteilung gegenüber diesem angelegten Basis-Szenario über zehn Jahre ändern würde, wenn jeweils eines der gewählten Instrumente eingesetzt würde. Im Mittelpunkt steht in der Auswertung mithin, **wie stark eine Maßnahme den angelegten Trend-Anstieg der Ungleichheit bremst oder umkehrt**.

Getestet wurden in der Simulation: unterschiedliche Sätze einer **Vermögensteuer** und einer **Erbschaftsteuer** (nach geltendem Recht), dazu eine **Kapitalertragsteuer** sowie einmalige (**Startkapital**) und regelmäßige Vermögenstransfers (**Soziale Dividende**). Für die Instrumente lassen sich etliche Varianten (Sätze) berechnen; darauf wurde nur bei jenen verzichtet, die unter keiner der realistischen Annahmen zu einer spürbaren Veränderung der Verteilung nach Prozentanteilen führen würden. Als Top-Vermögende werden die obersten zehn Prozent beobachtet; als zweite Gruppe diejenigen, die zwischen 50 und 90 Prozent der Vermögen halten; und als dritte die unteren 50 Prozent.

Ergebnisse der Vermögens-Simulation für Deutschland

Vermögensteuer:

In der Simulation wurden die Effekte einer jährlich erhobenen Vermögenssteuer bei einem Freibetrag von einer Million Euro simuliert. Dabei wurden keine Ausweicheffekte angenommen. Als Varianten wurden unterschiedliche Sätze in einer Spanne zwischen den gängig vorgeschlagenen einem und zehn Prozent Vermögensteuer getestet.

Beim niedrigeren Steuersatz von **einem Prozent** auf das Nettovermögen wären die Vermögensanteile der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung in zehn Jahren ein Prozentpunkt niedriger, als sie es dem Trend nach ohne die Steuer zu dieser Zeit wären. Der Anteil läge mit 66 Prozent dann aber immer noch deutlich höher als 2017, der Trend wäre lediglich leicht verlangsamt. Was die Reichsten anteilig verlören, ginge ausschließlich zugunsten der oberen Mittelschicht (diejenigen, die mit ihrem Vermögen zwischen 50 bis 90 Prozent der Verteilung liegen). Der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung bliebe unverändert. Dies würde zu einem Steueraufkommen von jährlich zehn Milliarden Euro führen. Als Höchstsatz wurde eine Steuer von **zehn Prozent** getestet. Hier würde der Anteil der Reichsten in zehn Jahren um vier Prozentpunkte niedriger liegen, als es ohne Eingriff der Fall wäre; die obere Mittelschicht hätte vier Punkte mehr als im Trend angelegt. Auch damit wäre der Anteil der Reichsten mit 62 Prozent noch höher als 2017 mit 61 Prozent, allerdings nur noch leicht. Der Anteil der unteren Hälfte bliebe unverändert. Das Steueraufkommen läge bei jährlich knapp 73 Milliarden Euro.

Erbschaftsteuer:

Bei der Simulationen unterschiedlicher Varianten einer Erbschaftsteuer wird davon ausgegangen, dass nur erwachsene Kinder und Stiefkinder eine Erbschaft oder Schenkung erhalten. Es wird eine Erhöhung des Freibetrags um 25 Prozent auf 500 000 Euro angenommen. Die Erbschaftsteuer wird als Flat Tax erhoben. Als Varianten wurden dabei effektive Steuersätze **zwischen einem und 30 Prozent** getestet.

Die Simulationen ergeben, dass sich über die gesamte Spanne möglicher Steuersätze keine spürbaren Effekte auf die faktische Verteilung der Vermögen ergeben. Die Anteile der Top-10-Prozent bleiben gegenüber dem Basisszenario ebenso unverändert wie die Anteile der anderen Gruppen. Der Anteil der Reichsten würde dem Trend folgend in zehn Jahren auf 67 Prozent steigen. Dies würde sich selbst unter der Extrem-Annahme einer Erbschaftsteuer von 100 Prozent nicht ändern. Nennenswerte Effekte ergäben sich zusätzlichen Test-Simulationen zufolge erst nach einem Zeitraum von 40 Jahren.

Dass die Effekte einer Erbschaftsteuer auf die Vermögensverteilung gering sind, liegt unter anderem daran, dass nur 30 Prozent der Menschen im Laufe ihres Lebens überhaupt erben oder eine Schenkung bekommen – 70 Prozent bekommen nichts. Von den 30 Prozent sind wiederum die meisten bereits in einem Alter (über 60 Jahre), in dem sie nicht mehr Vermögen aufbauen, sondern Ersparnisse aufbrauchen. Bei einem größeren Teil liegen die Erbschaften wiederum unter den Freibeträgen, sodass sie nicht besteuert würden. Schließlich wirken Erbschaften bis zu einem gewissen Grad einer weiteren Konzentration entgegen, da sie bisherige Vermögensverhältnisse naturgemäß konservieren und innerhalb von Familien vererbt wird.

Nicht berücksichtigt wurden in den Simulationen Effekte, die durch eine mögliche Abschaffung von Ausnahmen für Erbschaften von Unternehmensvermögen entstehen könnten. Ob dies nennenswert zusätzliche Effekte mit sich brächte, ist mangels Erfahrung auch hinsichtlich der Nebeneffekte auf die Beschäftigung nicht belastbar zu modellieren. Dass sich dadurch an der Verteilung viel ändern würde, ist als eher unwahrscheinlich einzustufen.

Nach den Simulationen dürften die Einnahmen für den Fiskus auch entsprechend mäßig ausfallen: bei einer Erbschaftsteuer von einem Prozent lägen diese bei jährlich durchschnittlich 120 Millionen Euro, bei einem Satz von 30 Prozent im Mittel bei 3,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Kapitalsteuer:

Kapitalerträge unterliegen in Deutschland einem einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent. Der Freibetrag liegt seit 2023 bei 1000 Euro pro Jahr. In der Simulation wurde berechnet, wie sich die Vermögensverteilung verändern würde, wenn alle Kapitalerträge der Abgeltungssteuer unterliegen (keine Veranlagungsoption). Als Varianten wurden Steuersätze **zwischen 25 und 50 Prozent** auf die Kapitalerträge getestet.

Ähnlich wie bei der Erbschaftsteuer ergeben die Simulationen für die Kapitalertragsteuer keine messbaren Effekte auf die prozentuale Verteilung der Vermögen. Die Konzentration würde wie im Basis-Szenario zunehmen. Dabei spielt eine Rolle, dass eine solche Steuer die Erträge aus Finanzvermögen (Zinsen, Dividenden) erfasst, nicht aber Immobilien- und Betriebsvermögen, wie sie gerade von den Top-Vermögenden überproportional gehalten werden.

Eine durchgehende Kapitalsteuer von 25 Prozent würde im Vergleich zu einer unveränderten Besteuerung zu Steuermehreinnahmen von knapp einer Milliarde Euro führen; bei einer Steuer von 50 Prozent läge das Aufkommen bei knapp zwei Milliarden Euro.

Startkapital für 20-Jährige:

Jungen Menschen zum Start ins Berufsleben ein Kapital zu geben, gilt als ein Instrument, das geeignet ist, die Ungleichheit durch Besserstellung vieler Menschen zu reduzieren. Für die Simulation wurde angenommen, dass so ein Startkapital (oder Grunderbe) jedes Jahr vom Staat an alle 20-Jährigen eines Jahrgangs ausgezahlt wird. Als Optionen wurden Beträge in einer Spanne **zwischen 10.000 und 100.000 Euro** simuliert. Während für den Erhalt des Geldes keine besonderen Voraussetzungen zu erfüllen sind (außer die Zugehörigkeit zu dem Jahrgang), darf das Geld in der hier durchgespielten Variante nur für bestimmte Zwecke ausgegeben werden, etwa für den Erwerb von Immobilienvermögen, eine Altersvorsorge oder eine Aus- oder Weiterbildung. Die Summe darf also, wie in der Simulation angenommen wurde, nicht

frei konsumiert werden. Dafür gibt es Erträge auf die volle Höhe des Startkapitals. Die Erträge aus dem Startkapital sind frei als Einkommen verfügbar.

Bei einem Startkapital von 10 000 Euro würden die Vermögensanteile nach einem Jahrzehnt noch nicht nennenswert anders ausfallen, wie die Simulationen ergaben. Erst bei höheren jährlichen Auszahlungen wäre dies der Fall. Bei einem angenommenen Startkapital von 100.000 Euro läge der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung nach zehn Jahren um vier Prozentpunkte höher, als es ohne jegliche Eingriffe und angesichts des angelegten Trends der Fall wäre. Der Anteil der Reichsten würde bei der Variante sogar um zehn Prozentpunkte geringer ausfallen als im Basisszenario. Damit würde ein Startkapital von 100.000 Euro auch zu den wenigen simulierten Fällen zählen, bei denen der Anteil der Reichsten in zehn Jahren mit 57 Prozent spürbar niedriger wäre, als es 2017 der Fall war. Zum Vergleich: im Jahr 1980, also vor dem deutlichen Anstieg der Vermögensungleichheit, lag der Anteil bei 53 Prozent. Ein Startkapital von 10.000 Euro würde den Staat jährlich durchschnittlich gut 8,5 Milliarden Euro kosten. Würde jedem 20-Jährigen ein Kapital von 100.000 Euro zur Vorsorge, Ausbildung oder anderem zur Verfügung gestellt, wären es jährlich gut 85 Milliarden Euro.

Soziale Dividende:

Bei der sozialen Dividende geht es, anders als beim einmaligen Grunderbe, um eine jährliche Auszahlung des Staates an alle Erwachsenen. In der Simulation wurden Varianten **zwischen jährlich 100 und 2.500 Euro** kalkuliert, wobei sich der Höchstwert am Beispiel des Alaska-Fonds orientiert (hier wurden je nach Erträgen bis zu 2000 US-Dollar ausgeschüttet). Die soziale Dividende würde aus den Erträgen eines Staatsfonds gezahlt. Dieser Staatsfonds kann durch Schuldenaufnahme oder Steuern (Mehraufkommen durch eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer) finanziert werden. In dem Modell, das dem Simulator zugrunde liegt, erfolgt die Auszahlung der Dividende steuer- und abgabefrei, also auch ohne Anrechnung auf staatliche Transferzahlungen. Anders als beim Startkapital ist die Verwendung des Geldes auch nicht an Bedingungen gebunden und kann frei konsumiert werden.

Bei einer Sozialdividende von 100 Euro würden sich die Vermögensanteile über die kommenden zehn Jahre noch nicht ändern. Dies liegt auch daran, dass die Verwendung des Geldes nicht an Zwecke gebunden ist, also auch konsumiert werden kann, was bei geringeren Einkommen anzunehmen ist. Selbst bei einer Dividende von 2 500 Euro würde dies nicht reichen, den Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung gegenüber dem Basisszenario zu erhöhen. Dagegen würde der Anteil der oberen Mittelschicht (50-90 Prozent) in dieser Variante nach zehn Jahren um zwei Prozentpunkte höher liegen. Der Anteil der Top-Vermögenden würde in diesem Szenario um zwei Punkte zurückgehen. Würden jedem Erwachsenen jährlich 100 Euro aus einem Fonds ausgezahlt, würde das den Staat im Schnitt 6,4 Milliarden jährlich kosten. Bei einer sozialen Dividende von 2500 Euro wären es jährlich fast 153 Milliarden Euro.

Nächste Projektphase

In den nächsten Stufen des Projekts wird unter anderem ein Simulator entwickelt, mit dem User den Einfluss verschiedener Maßnahmen auf ihre eigene Position in der Vermögensverteilung schätzen können sollen.